

Aktuelles aus der Verbandsarbeit



Kopftuchstreit

Offener Brief an den Herrn Ministerpräsident Christian Wulff – und eine Antwort

Der Verband der Politiklehrer e.V., Hannover, sieht einen wesentlichen Arbeitsschwerpunkt sowohl in politischer wie in politikdidaktischer Hinsicht im Bereich der Interkulturellen Bildung und der „Ausländerpädagogik“, die besser als Pädagogik mit und für Migranten zu bezeichnen ist. Der Verband hat in dieser Frage gemeinsame Veranstaltungen und Publikationen unter anderem mit dem NLI, der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Internationalen Haus Sonnenberg, dem UNESCO-Club für die UNESCO-Schule am Maschsee, Bismarckschule Hannover, e.V. und schließlich mit der Deutsch-Türkischen Vereinigung für Sozial- und Geisteswissenschaftlichen Austausch, Hannover, e.V. (am Soziologischen Institut der Universität Hannover) durchgeführt und sieht sich daher in besonderer Weise genötigt und befähigt, zu bedenklichen Entwicklungen in diesem Bereich in der aktuellen Politik und insbesondere in der Kultus- und Wissenschaftspolitik Stellung zu nehmen. Dazu gehören, in diesem Heft dokumentiert, die Einschränkung und Gefährdung des Faches Soziologie an der Universität Hannover, die Gefährdung der Arbeit des Georg-Eckert-Instituts Braunschweig, die Insolvenz des Internationalen Hauses Sonnenberg sowie der unsäglich primitiv geführte so genannte „Kopftuchstreit“. Der Verband hat dazu an den niedersächsischen Kultusminister und den niedersächsischen Ministerpräsidenten gleich lautende Protestbriefe geschickt:

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr verwundert verfolgen meine Kolleginnen und Kollegen und ich die befremdlichen Stellungen zum so genannten »Kopftuchstreit«, der sich am Rechtsstreit von Frau Ludin um ihre abgelehnte Einstellung in den Schuldienst entzündet hat. Ohne das Thema hier noch einmal in aller wissenschaftlichen Breite aufrollen zu wollen, möchte ich in einigen zentralen Punkten meine grundsätzliche Kritik formulieren.

- Es ist nicht zu vermitteln, wieso dieses eher marginale Thema einen solchen politischen und emotionalen Rang in der öffentlichen Diskussion einnehmen soll und wieso hier überhaupt »Grundsatzentscheidungen« erforderlich wären. Ich habe den Eindruck, dass es sich hier um eine typische »Entlastungsdiskussion« handelt, um die öffentliche Aufmerksamkeit von den wirklich wichtigen, aber von der Regierung nicht zu bewältigenden Aufgaben abzulenken.
- Es erscheint mir einigermaßen dreist und überheblich zu sein, wenn Politiker, die sich selbst als Christen definieren, über die Bedeutung von »Symbolen« aus anderen Kulturkreisen schwadronieren. So sollten doch einmal bekennende Muslime dazu befragt werden, welche Bedeutungskonnotation sie dem Christlichen Kreuz zuweisen (müssen): sicher nicht die eines »Symbols der Friedfertigkeit« (es ist schön, dass sich heutige Christen zu einer solchen Bedeutung bekennen!), sondern seit der Zeit der Kreuzfahrer und der »allerchristlichsten« Imperialismen und Völkermorde wird eher das Blut gesehen, das diesem Symbol in der Geschichte einen außerordentlich aggressiven Charakter verliehen hat.
- Islam heißt auch *Salam (Shalom)* = Frieden. Viele Muslime sehen in dieser Bedeutung das Fundament ihres Glaubens und sehen in kulturellen Traditionen keineswegs Unterdrückungs- und Unfreiheitssymbole.
- Symbole sind keinen einheitlichen Bedeutungen zuzuordnen. Die geschichtliche Erfahrung bestimmt, ob es sich um **harte Symbole** mit in einer Gesellschaft unbestrittener Bedeutung handelt, wie die Herrschaftssymbolik des Hakenkreuzes, der SS-Runen oder des Hammer-und-Sichel-Signets. Die große Mehrzahl symbolischer Interaktionen nutzt aber traditionale, mehrschichtige und ambivalente **weiche Symbole**, zu denen Kleidungsvorstellungen, ästhetische Normen, zivilisatorische Scham- und Intimitätsschranken sowie die Vielzahl der Höflichkeits-

Offener Brief zur so genannten „Kopftuchfrage“

rituale gehören. Die Bedeutung ist fließend und situationsabhängig, und auch eine individuelle religiöse Bedeutungskonnotation ist durchaus nicht der gesellschaftlichen Funktion zwingend zuzuschreiben. Zu diesen weichen Symbolen gehört sicherlich auch das in vielen Kulturen heimische Kopftuch als Teil einer „anständigen“ Bekleidung der Frau.

- Meine Großmutter wäre niemals (bis zu ihrem Tode 1968) ohne Kopftuch oder Hut in der Öffentlichkeit aufgetreten; Tanten von mir aus dieser älteren Generation trugen Hüte mit schwarzem Augenschleier; auch meine Eltern haben kaum je auf eine „angemessene“ Kopfbedeckung verzichtet – sie hätten sich sonst als schamlos gefühlt, so wie es viele Muslima empfinden, wenn sie gezwungen würden, ohne „anständiges“ Kopftuch in der Öffentlichkeit aufzutreten (das ist mitnichten ein religiöses Gefühl sondern symbolisiert die Zugehörigkeit zu einer kulturellen und sozialen Tradition).
- Dass alle Symbole auch aggressiv und zu Herrschaftszwecken missbraucht werden können, steht außer Frage, also sicherlich auch Bekleidungsregeln, die in der Familie zu Konflikten führen. Aber wie war das in unserer Jugend: Verbot des Hosentragens für Mädchen in der Schule, Verbot der „Blue Jeans“ für Jungen, Tabuisierung aller erotisch wirkenden Darstellungen in der Öffentlichkeit („Aktion saubere Leinwand“). Wenn die gesellschaftliche Liberalisierung, die diese Schranken obsolet werden ließ, als gesellschaftlicher Fortschritt bezeichnet werden sollte, so kann das Akzeptieren dieser neuen lockeren Umgangsregeln sicher nicht zur Verpflichtung für jeden Einzelnen gemacht werden. Die Diskussion um »Regeln lernen« und »Regeln einhalten«, die die derzeitige pädagogische Diskussion fast schon in peinlicher, weil rein formaler Hinsicht bestimmt, weist gerade in die entgegen gesetzte Richtung. Daher ist der Streit um diejenigen, die sich anders kulturell geprägter Traditionen zuordnen, gerade so empörend verlogen und inkonsequent.

Ich habe es mir seit über dreißig Jahren als Pädagoge zur Aufgabe gemacht, den Schülern die »Schlüsselqualifikationen« der Interkulturellen Bildung, des Verstehens und Akzeptieren des Anderen und der Kommunikationsfähigkeit zu vermitteln.

Die derzeitige bildungspolitische Diskussion läuft nun in die entgegen gesetzte Richtung: hin zur affirmativen Staatsdidaktik, zur Dominanz des kognitiven Paukstoffes über die Schlüsselqualifikationen etc.

Ich kann hierin nicht mehr als Herrschaftszynismus erkennen, der die Lebenschancen der kommenden Generation nachhaltig beeinträchtigt und immer größere Gruppen, zum Beispiel auch der deutschen Muslime ausgrenzt und damit unnötige und emotional belastende Konfrontationen provoziert. Die Geisteshaltung, die den so genannten »Kopftuchstreit« vom Zaun gebrochen hat, wird letztlich in Zukunft verantwortlich gemacht werden für zunehmende Segmentierungen in unserer Gesellschaft, zunehmende Gewaltbereitschaft und abnehmende friedliche Zusammenlebensfähigkeit.

Stupid white men!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, werden Sie Ihrer Verantwortung gegenüber der kommenden Generation gerecht und beenden Sie diesen unsäglichen »Kopftuchstreit«!

Hochachtungsvoll

Gerhard Voigt, Vorsitzender des Verbandes der Politiklehrer e.V., Hannover

Dieser Offene Brief wurde an die hannoverschen Tageszeitungen geschickt und wird gleichzeitig im Internet veröffentlicht auf der Homepage des Verbandes der Politiklehrer e.V., Hannover:

<http://www.politiklehrerverband.org>

und der Homepage der Deutsch-Türkischen Vereinigung für Sozial- und Geisteswissenschaftlichen Austausch, Hannover, e.V. (am Soziologischen Institut der Universität Hannover):

<http://www.dta-uni-hannover.de>